

### Die polnische Sozialdemokratie (SdRP/ SLD): Erbe und Wählerauftrag

Bingen, Dieter

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bingen, D. (1998). *Die polnische Sozialdemokratie (SdRP/ SLD): Erbe und Wählerauftrag*. (Berichte / BIOst, 16-1998). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43460>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183



## Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
<b>1. Eine erste Charakterisierung.....</b>	<b>7</b>
1.1 Die sozialdemokratisch-manageristische Strömung.....	7
1.2 Die Konservativen .....	9
1.3 Kommunisten als Randgruppe.....	9
<b>2. Die SdRP/SLD als Wählerpartei .....</b>	<b>12</b>
<b>3. Der III. Parteitag im Dezember 1997 – kein Sprung aus dem Käfig der Vergangenheit .....</b>	<b>15</b>
<b>4. Die SdRP/SLD und die Medienlandschaft.....</b>	<b>17</b>
<b>5. Der "Fall Oleksy" als Spiegel des SdRP-Erbes .....</b>	<b>18</b>
<b>6. Personalpolitik .....</b>	<b>19</b>
<b>7. Die SdRP und der Pragmatismus der Nation .....</b>	<b>20</b>
<b>8. Die Erfolgsgeschichte der Sozialdemokratie oder eine Schlußbetrachtung.....</b>	<b>21</b>
Summary .....	25

19. März 1998



**Dieter Bingen**

## **Die polnische Sozialdemokratie (SdRP/SLD)**

Erbe und Wählerauftrag

Bericht des BIOst Nr. 16/1998

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Die Sozialdemokratie der Republik Polen (SdRP) gilt in weiten Kreisen der polnischen Öffentlichkeit als die Nachfolgepartei der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR). Tatsächlich wurde die SdRP während des Auflösungskongresses der PZPR von der Mehrzahl der PZPR-Delegierten gegründet. Die SdRP ist zwar weder programmatisch noch organisatorisch und funktionell als Nachfolgeorganisation der PZPR zu betrachten, aber personell und politisch-kulturell ist sie engstens mit der Geschichte der Volksrepublik verbunden. Die SdRP bzw. das von ihr dominierte Wahlbündnis Demokratische Linksallianz (SLD) entwickelte sich, durch den freien Wählerwillen legitimiert, rasch zu einer erfolgreichen politischen Formation, die die Entwicklung des demokratischen Polen entscheidend mitbestimmt. Anhand vorwiegend polnischer Quellen, Darstellungen und Interpretationen will der Bericht sich einem typischen Phänomen postkommunistischer europäischer Demokratien annähern.

#### *Ergebnisse*

1. Die SdRP tritt kaum selbständig auf. In der Öffentlichkeit findet in der Regel die SLD Erwähnung, da sie sich zur Wahl stellt und nicht die SdRP als Partei. Die SLD ist eine Koalition aus 28 Gruppierungen, unter denen die SdRP, mit ca. 62.000 Mitgliedern die mitgliederstärkste Partei in Polen, die mit Abstand größte Kraft darstellt. Innerhalb der SdRP lassen sich gegenwärtig zwei Hauptströmungen unterscheiden. Der sozialdemokratisch-manageristische, zentristisch-pragmatische Flügel bildet die meinungsbildende Strömung in der Partei. Er strebt die Umgestaltung in eine sozialdemokratische Partei nach westeuropäischem Vorbild an. Zulauf erhalten die "Sozialdemokraten" von zahlungskräftigen Unternehmen aus dem Parteimilieu und wirtschaftsliberalen "Roten Thatcheristen". Die konservative Fraktion in der SdRP stellt sich als Verfechterin traditioneller linker Werte dar. Obwohl sich die Vertreter der orthodoxen Gruppen öffentlich auf die reformerischen Strömungen der PZPR beziehen, verteidigen sie in ihren Auftritten die "Errungenschaften der Volksrepublik". Zur Gruppe der Gegner einer grundlegenden Erneuerung der Partei gehören vor allem der frühere Parteiapparat, insbesondere dessen mittlere und regionale Ebene, und ehemalige Funktionäre früherer kommunistischer Massenorganisationen. Der "Bund Polnischer Kommunisten 'Proletariat'" (ZKP), Mitglied der Linksallianz, fühlt sich

- auch nicht als Nachfolger der PZPR. Der ZKP distanziert sich vom Totalitarismus und propagiert als Staatsmodell ein "unabhängiges, souveränes, selbstverwaltetes und demokratisches Polen, das die religiösen Überzeugungen seiner Bürger achtet".
2. Die SdRP bekennt sich nach ihrem Parteiprogramm von 1997 und nach den Wahlaussagen der letzten Jahre als sozialdemokratische Partei zu den Grundwerten der parlamentarischen Demokratie und tritt für die soziale Marktwirtschaft ein. Ungeachtet aller formalen Abgrenzungen liegen die Wurzeln der SdRP eindeutig im technokratischen Flügel der PZPR. Die politische Kontinuität zeigt sich auch in der Aufbewahrung eines Teils der Unterlagen der PZPR und wird durch die Anwesenheit der ehemaligen Parteichefs der PZPR, Jaruzelski und Rakowski, auf den Parteitagen symbolisiert. Die Übernahme des Erbes der kommunistischen Partei einerseits und das Bekenntnis zur Sozialdemokratie andererseits sind die Ursache für die merkwürdige Geschichtslosigkeit der SdRP. Auf die historische Verankerung in der über hundertjährigen Geschichte der europäischen und polnischen sozialistischen/sozialdemokratischen Bewegung muß sie verzichten, da die demokratisch-sozialistische Strömung nach 1945 von der kommunistischen Bewegung liquidiert worden war. Der historisch-biographische Zwiespalt in der SdRP wird in der Art der historischen Auseinandersetzung mit der PZPR und der Volksrepublik sowie mit der Erbschaft des kommunistischen Polen deutlich. Zwar bekennt die SdRP die politische und moralische Verantwortung der PZPR für das kommunistische Unrecht. Andererseits weigert sich die Partei aber, die gesamte Periode von 1944 bis 1989 als Unrechtsregime zu bewerten, indem sie auf zivilisatorische Errungenschaften unter PZPR-Herrschaft verweist (Industrialisierung, Bildung u.a.).
  3. Nach dem Eintritt in die Regierung im Oktober 1993 waren Spannungen innerhalb der SLD ebenso wie innerhalb der SdRP unübersehbar. Der marktwirtschaftlich orientierte Flügel befand sich schnell im Gegensatz zu den Repräsentanten der Gewerkschaften (OPZZ), aber auch zu früheren Exponenten der PZPR wie Mieczysław Rakowski, denen ein klares ideologisches Konzept der SdRP fehlte. Antiklerikale Kräfte standen gegen kompromißbereite Politiker insbesondere der SLD-Führungsriege um Kwaśniewski und Oleksy, später Ciomoszewicz, die sich erfolglos um einen Ausgleich mit der katholischen Kirche in der Frage der Konkordatsratifizierung aussprachen. Diese Richtungskämpfe fanden ihren Ausdruck auch in der SLD-Parlamentsfraktion, deren Vorsitzender Aleksander Kwaśniewski bis zu seiner Wahl zum Präsidenten mehrfach mit seinen Vorstellungen unterlag, ohne daß dies freilich seine Position angefochten hätte.
  4. Auf dem III. Parteikongreß der SdRP (6.-7. Dezember 1997) wurde entgegen den früheren Ankündigungen des "starken Manns" der Partei, des SLD-Fraktionsvorsitzenden und früheren Ministers für Inneres und Verwaltung, Leszek Miller, die Partei brauche nach dem Vorbild der AWS eine Verjüngung der Führungsspitze, der angekündigte Generationenwechsel und damit die Entlastung der Partei von ihrem politischen und biographischen Erbe nicht vollzogen.
  5. Die nach außen getragene Einheit der SLD und der SdRP wurde bis 1993 nicht zuletzt durch die Ausgrenzung gefestigt, die von fast allen anderen politischen Gruppierungen ge-

genüber den Erben der PZPR praktiziert wurde. Die Ausgrenzung wurde vom polnischen Wähler nicht lange, wenn überhaupt, mit vollzogen. Die Wählerschaft der SLD bei den Parlamentswahlen 1993 zeichnete sich nicht nur durch einen hohen Anteil an Facharbeitern und ungelernten Arbeitern sowie Rentnern aus, sondern auch an Angestellten mit und ohne Universitätsabschluß sowie Studenten. Besonders bemerkenswert war, daß mit 17% die meisten Selbständigen für die SLD stimmten. Vergleichbar war das Wahlverhalten bei den Präsidentschaftswahlen im Herbst 1995. In den Sejmwahlen vom 21. September 1997 konnte die SLD ihren Wahlerfolg von 1993 sogar noch überbieten, blieb diesmal aber mit ihrem Ergebnis hinter der Wahlaktion Solidarność.

6. Was die Wahlgeographie Polens anbetrifft, hat sich in den letzten Jahren eine relativ stabile Teilung in "rechte" und "linke" Regionen etabliert. Die "rechten" Regionen umfassen den Osten und Südosten (Galizien) sowie die südwestlichen Wojewodschaften Breslau, Oppeln, Kattowitz und als "schwarze Insel" im "roten Meer" Danzig. Sie haben beispielsweise 1995 für den Präsidentschaftskandidaten Wałęsa und 1997 gegen die Annahme der von AWS und katholischer Kirche vehement abgelehnten Verfassung und im September 1997 für die AWS votiert. In den "linken" Regionen, das ist der polnische Norden und Westen (die ehemaligen deutschen Ostgebiete und preußischen Teilungsgebiete) sowie die südöstliche Wojewodschaft Chełm (mit einer weißrussischen Minderheit), gewannen Präsidentschaftskandidat Kwaśniewski, die neue demokratische Verfassung und die SLD die Mehrheit.
7. Ungeachtet aller Instrumentalisierungsprobleme hatte die "Affäre Oleksy" grundsätzliche Probleme des Selbstverständnisses der SdRP, der Mentalität ihrer Führung und der kommunistischen Vergangenheitsaufarbeitung in Polen ans Tageslicht befördert. Die "Gefährdung" der mittleren Generation von SLD/SdRP-Politikern durch das Geheimdienstmilieu (KGB-Agenten/Residenten) und durch politische Erpreßbarkeit sowie innenpolitische Instrumentalisierung dieser Verstrickungen ist nicht von der Hand zu weisen.
8. Nach dem Regierungswechsel von 1993 griff die SLD/PSL-Regierung bei der Besetzung von Leitungspositionen in Ministerien und auf anderen Ebenen der Staatsverwaltung (Wojewodschaften) offen auf ehemalige PZPR-Funktionäre zurück. Seit der Übernahme des Außenministeriums durch Dariusz Rosati sorgte die Besetzung von Botschafterposten (Moskau u.a.) mit reaktivierten PZPR-Diplomaten für politische Auseinandersetzungen mit der Opposition. Aleksander Kwaśniewski war nach seiner Wahl formell aus der SdRP ausgetreten. Er hat aber wiederholt seine traditionellen Sympathien geäußert, ja sogar eine Art ideelle Patronage mit Blick auf die Präsenz der SdRP/SLD-Formation in der polnischen Politik beansprucht. Ohne Zweifel bemüht er sich seit seiner Amtsübernahme um die dauerhafte Regierungsfähigkeit der SdRP/SLD, um die Öffnung der Linken und ihre Koalitionsfähigkeit zur Mitte hin. Die SdRP/SLD erwartet von Kwaśniewski, daß er in der Gesetzgebung von seinem Vetorecht Gebrauch macht, wenn es um die juristische Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit geht, und seinen Einfluß geltend macht, wenn es um die Befriedigung von Ansprüchen wichtiger Wählergruppen und die Erhaltung der



juristischen Grundlagen für den Einfluß der alten Nomenklatura in Wirtschaft und Politik in der Provinz geht.

9. Die Sozialdemokratie der Republik Polen (SdRP) unter dem organisatorischen Schirm der Demokratischen Linksallianz (SLD) war die erste Partei nach dem demokratischen Umbruch in Polen, die ihre Regierungszeit mit einer noch höheren Wählergunst beendete (1997) als sie zu Anfang hatte (1993). Nach wie vor fühlt sich ein zahlenmäßig beeindruckendes Segment der polnischen Gesellschaft durch Neigungen, Ansichten und gesellschaftliche Verbindungen mit den "Altlinken" verbunden bzw. mit der eigenen Biographie aus der kommunistischen Vergangenheit. Für die Wahlerfolge entscheidend war aber die weitverbreitete Akzeptanz des Autostereotyps des neuen Sozialdemokraten, der als Europäer für den Beitritt Polens zu den westlichen Gemeinschaften, offen und tolerant ist und jede Form von Nationalismus und religiöser Bigotterie ablehnt. Die Sozialdemokratie hält sich für die einzige Repräsentantin liberaler Werte in Polen. Diese Polarisierung wird durch den Teil des katholisch-traditionalistischen und antieuropäisch-nationalistischen Spektrums der Rechten gefördert, der häufig durch brutale und menschenverachtende Rhetorik den Eindruck zu vermitteln sucht, daß in Polen innenpolitisch weiterhin der kalte Krieg herrscht und daß die politische Revolution noch nicht beendet ist bzw. noch gar nicht angefangen hat. Diese Situation erlaubt es der SdRP/SLD, sich als Gradualistin, als Anhängerin evolutionärer, relativ erschütterungsfreier Veränderungen darzustellen.

## 1. Eine erste Charakterisierung

Die SdRP gilt in weiten Kreisen der polnischen Öffentlichkeit als *die* Nachfolgepartei der PZPR. Diese Einschätzung ist teils richtig und teils falsch, und sie hängt entscheidend von der Gewichtung und gegenseitigen Abwägung der juristischen, politischen und moralischen Kategorien ab. Tatsächlich wurde die SdRP während des Auflösungskongresses der PZPR von der Mehrzahl der PZPR-Delegierten gegründet. Die wichtigsten Politiker der SdRP, Kwaśniewski, Oleksy und Miller, waren Mitglieder der PZPR und befanden sich in deren Endphase an höchsten Stellen der Nomenklatura. Andererseits ist die SdRP weder programmatisch noch organisatorisch und funktionell als Nachfolgeorganisation zu betrachten.<sup>1</sup>

Die SdRP tritt kaum selbständig auf. In der Öffentlichkeit findet in der Regel die SLD, die "Demokratische Linksallianz", Erwähnung, da sie sich und nicht die SdRP als Partei zur Wahl stellt. Die SLD ist eine Koalition aus 28 Gruppierungen, unter denen die "Sozialdemokratie der Republik Polen" (SDR) freilich die mit Abstand stärkste Kraft darstellt, gefolgt von dem in den 80er Jahren mit der PZPR verbundenen Gewerkschaftsverband OPZZ sowie der allzeit angepassten Lehrergewerkschaft (ZNP). Die übrigen, weit kleineren Gruppierungen haben eine Spannweite von der Demokratischen Frauenunion bis zu Formationen der alten Parteikonservativen wie dem "Bund Polnischer Kommunisten 'Proletariat'" oder der "Bewegung der Werktätigen" des früheren OPZZ-Vorsitzenden Alfred Miodowicz, aber auch der winzigen, sich aus dem Solidarność-Lager herleitenden Gruppe der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) unter ihrem Vorsitzenden Piotr Ikonowicz, die sich mit zwei rivalisierenden, kleinen PPS-Gruppen in der SLD befindet.<sup>2</sup>

Innerhalb der SdRP lassen sich gegenwärtig zwei Hauptströmungen unterscheiden.<sup>3</sup>

### 1.1 Die sozialdemokratisch-manageristische Strömung

Dieser zentristisch-pragmatische Flügel prägt zur Zeit das Bild der Partei. Er strebt die Umgestaltung in eine sozialdemokratische Partei nach westeuropäischem Vorbild an. Mit diesem "programmatischen Verbal-Sozialdemokratismus" korrespondiert eine hohe Flexibilität im Alltag, die die Partei in unterschiedliche Richtungen offenhalten soll. Die Pragmatiker dominieren in den Führungsgremien der Partei und werden von jüngeren Parteimitgliedern mit besserer Ausbildung unterstützt. Zulauf erhalten die "Sozialdemokraten" auch von einigen zahlungskräftigen Unternehmern aus dem Parteimilieu und wirtschaftsliberalen "Roten Thatcheristen".

---

<sup>1</sup> Vgl. auch Dieter Bingen, Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit in Polen, Köln 1997 (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien [BIOst], 27/1997).

<sup>2</sup> Siehe auch Klaus Ziemer, Das Parteiensystem Polens, in: Dieter Segert u.a. (Hrsg.), Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, Opladen 1997, S. 39-89, hier S. 60f.

<sup>3</sup> Vgl. Kai-Olaf Lang, Polens Linksparteien vor den Parlamentswahlen, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 37/1993.

Ein Exponent dieser Orientierung, der ehemalige Finanzminister (1993/94) Marek Borowski, gegenwärtig Vizemarschall des Sejm und stellvertretender SdRP-Vorsitzender, hat in einer Rubrik, die die Tageszeitung "Gazeta Wyborcza" den wichtigsten Parteien vor den Sejmwahlen am 21. September 1997 zur Selbstdarstellung zur Verfügung stellte, die Stichworte für das moderne und rationale Politikverständnis der Sozialdemokratie geliefert, indem er aufzählte, für wen die SLD (SdRP) keine Heimstatt darstellen sollte:

Wenn es sich also zufällig so verhält,  
 daß Du nach politischem Kabarett in den Reihen des Sejm Sehnsucht verspürst;  
 daß Du von der gesellschaftlichen Ruhe und politischen Stabilisierung ermüdet bist und Kriege "da oben", Unfrieden und Demonstrationen herbeisehnst;  
 daß Du die Chancen für Polen im Aufwärmen der historischen Teilung in "Kommune" und Solidarność siehst;  
 daß, wenn Du "Weg mit der Kommune" schreist, Du Dich nach unbekümmertem Ausgeben des Geldes aus dem Budget und uneingeschränktem staatlichem Interventionismus sehnst;  
 daß Du ein Minimum an Staat, einen Staat als "Nachtwächter", zügellosen Kapitalismus, der auf der Grundlage "Helfe dir selbst" funktioniert, wünschst; Reformen um der Reformen und nicht um der Menschen willen forderst;  
 daß Du nach einem Staat rufst, in dem das kanonische Recht zu staatlichem Recht wird und die Würde einer Frau als ein Gut niederer Ordnung behandelt wird;  
 daß Du ein Wirtschaftssystem, das sich auf "moralische Reflexionen" stützt, und die Herrschaft einer Gewerkschaft wünschst;  
 daß Du "Polen für die Polen" zum Motto erhebst, Verständigung zugunsten von Haß, eines Programms der Abrechnung, Dekommunisierung und wirtschaftlicher Lustration verwerfst,  
 so hast Du Glück! Du kannst Deine kostbare Zeit sparen und brauchst den Rest nicht weiterzulesen. Die SLD ist nicht imstande und – was noch wichtiger ist – hat nicht vor, Deine Wünsche zu verwirklichen.

Positiv stellte Borowski das Wahlprogramm seiner Partei mit Stichworten zur politischen Kultur wie folgt dar: "Wir vermeiden Radikalismus"; "wir sind berechenbar"; "wir halten Wort"; "wir setzen uns ganz konsequent für den weltlichen Staat ein"; "unsere Wirtschaftspolitik ist weder doktrinär noch populistisch";<sup>4</sup> "wir sind in der Lage, vernünftige Kompromisse zu schließen"; "wir setzen uns für sozialen Frieden nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Solidarismus ein"; "es lohnt sich, uns zu wählen, denn wir stehen unverbrüchlich für eine Koalition der Vernunft gegen Verbohrtheit, Dummheit und Beschränktheit".<sup>5</sup>

---

<sup>4</sup> Es blieb einem Wirtschaftsexperten wie dem der Freiheitsunion nahestehenden Posener Professor Wilczyński überlassen, im Wirtschaftsteil des Wahlprogramms der SLD – ebenso in dem der AWS – eine zentralistisch-makroökonomische Perspektive der Wirtschaft und die Betonung der helfenden Rolle des Staates (aktive Industriepolitik, Allokationspolitik, Kreditpolitik u.a.) zu entdecken; siehe Waław Wilczyński, Wyborcy odrzuć populizm (Die Wähler werden Populismus ablehnen), in: Gazeta Wyborcza (GW), 3.9.1997.

<sup>5</sup> Marek Borowski, Dlaczego warto głosować na SLD? (Warum lohnt es sich, SLD zu wählen?), in: GW, 21.8.1997.

## **1.2 Die Konservativen**

Die konservative Fraktion in der SdRP stellt sich als Verfechterin traditionell linker, von der kommunistischen Ideologie geprägter Werte dar. Obwohl die Vertreter der "Altlinken" sich öffentlich auf die reformerischen Strömungen der PZPR beziehen, verteidigen sie in ihren Auftritten die "Errungenschaften der Volksrepublik". Als informeller Anführer der Konservativen galt lange Zeit Leszek Miller, der vor der Übernahme von Regierungsämtern nach 1993 ein radikaleres Image und einen aggressiveren, kämpferischen Stil der Partei anstrebte. Zur Gruppe der Gegner einer grundlegenden Erneuerung der Partei gehören vor allem der frühere Parteiapparat, insbesondere dessen mittlere und regionale Ebene, sowie ehemalige Funktionäre früherer kommunistischer Massenorganisationen wie der ehemalige Jugendverbandsfunktionär (ZSMP), zeitweilige SdRP-Generalsekretär (1993-1997) und SLD-Fraktionsvorsitzende Jerzy Szmajdziński (Jg. 1952). Obwohl die Konservativen mittlerweile eine Reihe von Niederlagen hinnehmen mußten, sollte ihr Einfluß nicht unterschätzt werden, da dem von den ehemaligen Funktionären beherrschten Parteiapparat bei der Umsetzung der Politik der SdRP eine wichtige Rolle zukommt. Die Konservativen in der Parlamentsfraktion haben gegen den Willen der Fraktionsführung und des Präsidenten Kwaśniewski während der Regierungszeit der Koalition aus Linksallianz und Bauernpartei einen Kompromiß in der Konkordatsratifizierungsdebatte verhindert und so mit zur Erhaltung des "Lager"-Denkens in Polen beigetragen.

## **1.3 Kommunisten als Randgruppe**

Noch eine kurze Bemerkung zu dem "Bund Polnischer Kommunisten". Nicht daß er eine politische Bedeutung besäße – es handelt sich um eine politische Randerscheinung –, sondern aus statistischen Gründen, weil er das Attribut "kommunistisch" führt und der SLD angehört. Der "Bund Polnischer Kommunisten 'Proletariat'" (Związek Komunistów Polskich "Proletariat", ZKP) wurde im März 1990 gegründet und hat nach Angaben seines 1993 gewählten Vorsitzenden Zbigniew Wiktor über 2.500 zahlende Mitglieder.<sup>6</sup> Der ZKP fühlt sich nicht als Nachfolger der PZPR, weil dies – so die programmatische Deklaration der 21 Punkte von 1990 – auch "die Unterschrift unter die strafbaren und unverzeihlichen Entscheidungen und Schachzüge der ehemaligen Führungsequipen bedeutet hätte".<sup>7</sup> Der ZKP distanziert sich von "den totalitären Aktivitäten, deren Resultat politische Morde, Gefängnisse und außerhalb des Rechts stehende Eliminierung politischer Gegner" gewesen seien. Als Staatsmodell wird ein unabhängiges, souveränes, selbstverwaltetes und demokratisches Polen vorgestellt, das die religiösen Überzeugungen seiner Bürger achtet.<sup>8</sup> Der ZKP "Proletariat" müßte befürchten, gemäß Artikel 13 der neuen Verfassung verboten zu werden, da dort ein "Verbot politischer Parteien und anderer Organisationen, die sich in ihren Programmen auf totalitäre Methoden und Praktiken des Nazismus, Faschismus und Kommunismus berufen", postuliert wird, wenn

---

<sup>6</sup> "Wir bleiben sehr kritisch", in: Neues Deutschland, 28.7.1997.

<sup>7</sup> Zit. n. Małgorzata Dehnel-Szyc/Jadwiga Stachura, Gry polityczne – Orientacje na dziś (Politische Spiele – Orientierungen auf das Heute), Warszawa 1991, S. 85.

<sup>8</sup> Ebenda.

man die Distanzierung des ZKP "Proletariat" von den "Verzerrungen im sogenannten realen Sozialismus" (Wiktor)<sup>9</sup> nicht ernst nähme.<sup>10</sup> Tatsächlich forderten Anfang 1998 Gruppierungen am rechten Rand der Wahlaktion Solidarność (AWS) mit Berufung auf die neue polnische Verfassung, deren Verabschiedung sie zuvor wegen der angeblichen "bolschewistischen" Relikte vehement abgelehnt hatten, die Delegalisierung des ZKP.

Seit dem Eintritt in die Regierung im Oktober 1993 waren Spannungen innerhalb der SLD ebenso wie innerhalb der SdRP unübersehbar. Der marktwirtschaftlich orientierte Flügel befand sich schnell im Gegensatz zu den Repräsentanten der OPZZ, aber auch zu früheren Exponenten der PZPR wie Mieczysław Rakowski, denen ein klares ideologisches Konzept der SdRP fehlte. Antiklerikale Kräfte standen gegen kompromißbereite Politiker insbesondere der SLD-Führungsriege um Kwaśniewski und Oleksy, später Cimoszewicz, die sich erfolglos für einen Ausgleich mit der katholischen Kirche in der Frage der Konkordatsratifizierung aussprachen.

Diese Richtungskämpfe schlugen sich auch in der SLD-Fraktion nieder, deren Vorsitzender Aleksander Kwaśniewski bis zu seiner Wahl zum Präsidenten mit seiner Position mehrfach unterlag, ohne daß dies freilich seine Stellung angefochten hätte. Die SLD bzw. die im Bündnis dominierende SdRP errang zwar mit der Wahl Kwaśniewskis zum Staatspräsidenten ihren bisher größten Erfolg. Durch die Bildung der Regierung von Włodzimierz Cimoszewicz, mit der die Krise beendet wurde, die durch die Spionagevorwürfe gegen den seit Anfang 1995 amtierenden Premierminister Józef Oleksy ausgelöst worden war, verschärften sich die Spannungen zwischen dem ganz auf Marktwirtschaft orientierten (und zum Teil auch persönlich davon profitierenden) Flügel und der auf Arbeitnehmerinteressen pochenden, 61 Mitglieder zählenden OPZZ-Gruppe auch für die Öffentlichkeit sichtbar. Die seinerzeitige OPZZ-Vorsitzende Ewa Szychalska forderte schriftlich fixierte größere Rechte für die OPZZ-Abgeordneten in der SLD (etwa Aufhebung der Fraktionsdisziplin der SLD und Verpflichtung auf die Beschlüsse der OPZZ) und legte ihre Funktion als stellvertretende Fraktionsvorsitzende nieder, bis sie 1996 als Botschafterin nach Minsk weggelobt wurde.<sup>11</sup> Auf der Suche nach Verbündeten gegen das als zu liberal beurteilte "Programm 2000" des im Februar 1997 abgelösten Finanzministers und Vizepremiers Grzegorz Kołodko traf sich die OPZZ-Führung auch mit der Führung der Arbeitsunion (UP), von der die Wirtschaftspolitik der Regierung am schärfsten abgelehnt wurde, und kündigte für die Zukunft sogar gemeinsame Initiativen an. Oleksy war nach der nach ihm benannten Affäre von der Partei mehr aus Trotz als aus politischer Einsicht als Parteivorsitzender bestätigt worden.

Ein "Putsch" der Jünger gegen den Parteivorsitz des politisch dauerhaft angeschlagenen Oleksy und die Gruppe um Szmajdziński und Miller scheiterte im Juni 1997.<sup>12</sup> Nach einem Treffen von 15 SLD-Parlamentariern und dem Präsidialminister Marek Siwiec bei Kwaś-

---

<sup>9</sup> Neues Deutschland, 28.7.1997.

<sup>10</sup> Vgl. auch Mariusz Urbanek, Mały "Proletariat" (Kleines "Proletariat"), in: Polityka, Nr. 7, 14.2.1998.

<sup>11</sup> "Konflikt w SLD" (Konflikt in der SLD), in: Rzeczpospolita (Rz), 3.2.1996.

<sup>12</sup> Paweł Smoleński, Szkoła przetrwania (Schule des Überlebens), in: GW, 6.-7.9.1997.

niewski im Präsidentenpalast hatten 13 SLD-Politiker, darunter der SLD-Pressesprecher Andrzej Urbańczyk, der neue Star des SdRP-Nachwuchses, der 38jährige Abgeordnete Jacek Piechota und Senator Grzegorz Woźny, indirekt eine Ablösung der Parteiführung gefordert. Erst nach den Wahlen stand im Vorfeld des Parteitags die Ablösung Oleksys auf der Tagesordnung.

Bereits unmittelbar nach den Parlamentswahlen sagte Präsident Kwaśniewski der "Gazeta Wyborcza",<sup>13</sup> Oleksy werde wahrscheinlich gehen. Wenn die SLD-Führungsriege Verantwortungsbewußtsein besitze, würde sie neuen Leuten Platz machen. Das war deutlich genug, um als Aufforderung an Oleksy verstanden zu werden zurückzutreten. Der ehemalige Chefredakteur der "Trybuna", Dariusz Szymczycha, der im Juli 1997 gefeuert worden war, da er der vom Parteiapparat gewünschten Umorientierung der "Trybuna" auf altes Kampfblattniveau im Wege stand, plädierte in Beiträgen für andere Zeitungen für eine "entschiedenere und moralisch eindeutige Einschätzung der Geschichte" und Leute "ohne Parteikomitee-Lebensläufe" an der Spitze der SdRP.<sup>14</sup> Bereits einige Tage vor den Wahlen hatte die Chefin der Präsidialkanzlei, die SdRP-Politikerin Danuta Waniek, die Fernsehzuschauer wissen lassen, daß der SdRP-Parteitag im Dezember 1997 dazu genutzt werden solle, die Führung zu verändern. Oleksy half es nicht, daß die SLD in den Sejmwahlen im Vergleich zu den Wahlen von 1993 sogar noch zugelegt hatte.

Von den traditionellen in der "Sozialistischen Internationale" vereinten europäischen Sozialdemokratien unterscheidet die SdRP eine nicht artikulierte Geschichtslosigkeit. Auffallend ist die fehlende historische Verankerung in der über hundertjährigen Geschichte der europäischen und polnischen sozialistischen/sozialdemokratischen Bewegung. Schließlich war die "Mutterpartei" der SdRP, die PZPR, nach der Terrorisierung und Zerschlagung des freiheitlichen Flügels der traditionsreichen Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) aus der Vereinigung des kollaborationswilligen linken PPS-Flügels (J. Cyrankiewicz) mit der ebenfalls von Rechtsabweichlern (wie W. Gomułka) gesäuberten Polnischen Arbeiterpartei (PPR) entstanden. Der historisch-biographische Zwiespalt in der SdRP wird in der Art der historischen Auseinandersetzung mit der PZPR und der Volksrepublik sowie mit der Erbschaft des kommunistischen Polen täglich unter Beweis gestellt. Zwar bekennt die SdRP die politische und moralische Verantwortung der PZPR für das kommunistische Unrecht. Dies geschah – erst mehrere Jahre nach der Wende – in einer berühmten Bitte um Verzeihung für das vom Regime begangene Unrecht, vorgebracht vom damaligen SdRP-Vorsitzenden Kwaśniewski im Sejm. Andererseits weigert sich die Partei aber, die gesamte Periode von 1944 bis 1989 als Unrechtsregime zu bewerten, indem sie auf zivilisatorische Errungenschaften unter PZPR-Herrschaft verweist (Industrialisierung, Bildung u.a.). Im Gegenteil, ihre Vertreter verteidigen im Sinne der Historisierung die Partei-/Staatsräson der Vergangenheit in der historisch-politischen und moralischen Auseinandersetzung, was insbesondere in der juristischen und politischen Auseinandersetzung um die Einführung des Kriegszustands zum Ausdruck

---

<sup>13</sup> GW, 23.9.1997.

<sup>14</sup> Dariusz Szymczycha, Co złego, to nie my? (Wenn es etwas Schlechtes ist, dann waren wir es nicht?), in: GW, 13.10.1997; auch ders., Fotele i fortele (Sessel und Tricks), in: GW, 6.-7.12.1997.

kommt. Dabei wird deutlich, daß sie sich nicht allein auf die angebliche Interventionsdrohung berufen, sondern gelegentlich aus dem Selbstverständnis der damaligen Nomenklatura heraus argumentieren.<sup>15</sup>

## 2. Die SdRP/SLD als Wählerpartei

Die nach außen demonstrierte Einheit der SLD und der SdRP wurde bis 1993 nicht zuletzt durch die Ausgrenzung gefestigt, die fast alle anderen politischen Gruppierungen gegenüber den Erben der PZPR praktizierten. Die Ausgrenzung wurde vom polnischen Wähler nicht lange, wenn überhaupt, mit vollzogen.

Bei den ersten freien Kommunalwahlen im Mai 1990 bekamen die Kandidaten der SdRP fast 1 Mio. Wählerstimmen. Fast 700 Mitglieder bzw. Anhänger der SdRP erhielten Mandate, das waren 9,5% aller Sitze, die bei den Gemeindewahlen vergeben wurden.

Schon bei den Präsidentschaftswahlen im November/Dezember 1990 erhielt der von der SLD unterstützte Kandidat Włodzimierz Cimoszewicz im ersten Wahlgang über 9% der Stimmen (Mazowiecki 18%, Tymiński 23%, Wałęsa 40%).

Im sogenannten Kontraktparlament, das im Juni 1989 gewählt worden war, saßen unmittelbar vor den ersten freien Parlamentswahlen 23 Abgeordnete im parlamentarischen Klub der SLD. Bei den ersten freien Parlamentswahlen im Oktober 1991 avancierte die SLD mit knapp 12% der Stimmen zur zweitstärksten Sejmfraktion. Bei den Sejmwahlen zwei Jahre später erhöhte sie ihren Stimmenanteil auf 20,4% und wurde stärkste Parlamentsfraktion. Aber es war dem die wählerstärksten Parteien begünstigenden Wahlrecht zu verdanken, daß SLD und Bauernpartei (PSL) fast 2/3 der Sejmsitze erhielten.

<b>Sejmwahlen vom 27.10.1991, 19.9.1993 und 21.9.1997</b>						
	<b>1991</b>		<b>1993</b>		<b>1997</b>	
	<i>Stimmen- anteil (%)</i>	<i>Sitze</i>	<i>Stimmen- anteil (%)</i>	<i>Sitze</i>	<i>Stimmen- anteil (%)</i>	<i>Sitze</i>
Demokratische Union (UD)/Freiheitsunion (UW)	12,31	62	10,59	74	13,37	60
<b>Demokratische Linksal- lianz (SLD)</b>	<b>11,98</b>	<b>60</b>	<b>20,41</b>	<b>171</b>	<b>27,13</b>	<b>164</b>
Katholische Wahlaktion (WAK)/KKW "Vater- land" ("Ojczyzna")	8,73	49	6,37	-	-	-
Polnische Bauernpartei (PSL)	8,67	48	15,40	132	7,31	27
Konföderation Unab- hängiges Polen (KPN)	7,50	46	5,77	22	-	-

<sup>15</sup> GW, 12.-13.10.1996.

Zentrumsallianz (PC)	8,71	44	4,42	-	-	-
Liberal-Demokratischer Kongreß (KLD)	7,48	37	3,99	-	-	-
Bauernallianz (PL)	5,46	28	2,37	-	-	-
Gewerkschaft Solidarność	5,05	27	4,90	-	-	-



*Forts. Tabelle*

Polnische Partei der Bierfreunde (PPPP)	3,27	16	0,10	-	-	-
Union für Realpolitik (UPR)	2,25	3	3,18	-	2,03	-
Arbeitsunion (UP)	2,05	4	7,28	41	4,74	-
Deutsche Minderheit (MN)	1,17	7	0,80	4	0,61	2
Partei "X"	0,47	3	2,74	-	-	-
Parteiloser Block zur Unterstützung der Reformen (BBWR)	-	-	5,41	16	-	-
Wahlaktion Solidarność (AWS)	-	-	-	-	33,83	201
Bewegung für den Wiederaufbau Polens (ROP)	-	-	-	-	5,56	6
Sonstige	14,90	26	0,79	-		

Bei den Parlamentswahlen 1993 zeichnete sich die Wählerschaft der SLD nicht nur durch einen hohen Anteil an Facharbeitern und ungelernten Arbeitern sowie Rentnern aus, sondern auch an Angestellten mit und ohne Universitätsabschluß sowie Studenten. Besonders bemerkenswert war, daß mit 17% die meisten Selbständigen für die SLD gestimmt hatten. Vergleichbar war das Wahlverhalten bei den Präsidentschaftswahlen im Herbst 1995, aus denen der SdRP-Vorsitzende Kwaśniewski als Sieger hervorging. Die politische Landkarte zeigte bei dem Referendum über die neue Verfassung vom 25. Mai 1997, daß die Regionen, in denen im November 1995 Kwaśniewski über Wałęsa siegte, zugunsten der neuen Verfassung votiert hatten.

Die Überschwemmungskatastrophe in Südwestpolen vom Juli 1997 hat entgegen den ersten Erwartungen das Wahlverhalten in den betroffenen Regionen nicht in dem Sinne beeinflußt, daß die SLD/SdRP dort Stimmen verloren hätte. Im Gegenteil: Sie konnte in den am meisten betroffenen schlesischen Wojewodschaften (Oppeln, Breslau, Grünberg) gegenüber 1993 verglichen mit dem Landesdurchschnitt (33%) zwischen 30 und 42% Wählerstimmen hinzugewinnen.<sup>16</sup>

Was die Wahlgeographie Polens anbetrifft, so hat sich in den letzten Jahren eine relativ stabile Teilung in "rechte" und "linke" Regionen etabliert. Die "rechten" Regionen umfassen den Osten und Südosten (Galizien) sowie die südwestlichen Wojewodschaften Breslau, Oppeln, Kattowitz und als "schwarze Insel" im "roten Meer" Danzig. Dort wurde beispielsweise 1995 für den Präsidentschaftskandidaten Wałęsa und 1997 gegen die Annahme der von AWS und katholischer Kirche vehement abgelehnten Verfassung und im September 1997 für die AWS votiert. In den "linken" Regionen, das ist der polnische Norden und Westen (die ehemaligen

<sup>16</sup> "SLD wodoodporny" (SLD wasserfest), in: GW, 1.10.1997.

deutschen Ostgebiete und preußischen Teilungsgebiete) sowie die südöstliche Wojewodschaft Chełm (mit einer weißrussischen Minderheit), gewannen Präsidentschaftskandidat Kwaśniewski, die neue demokratische Verfassung und die SLD die Mehrheit. Um auf ein aufschlußreiches Einzelergebnis innerhalb der "rechten" Wahlbezirke einzugehen: Im oberschlesischen Kattowitz mit den von Restrukturierung und Arbeitslosigkeit betroffenen bzw. bedrohten Bergleuten hätte man eigentlich einen Sieg des Kandidaten der Wahlaktion Solidarność, des Gewerkschaftsvorsitzenden Marian Krzaklewski, erwarten sollen. Tatsächlich zog aber der "Vater der polnischen Wirtschaftsreform", der als unsozial und "Jobkiller" verschrieene Vorsitzende der Freiheitsunion, Leszek Balcerowicz (91.000 Stimmen), an Krzaklewski (73.000) vorbei. Sogar die SLD-Kandidatin Barbara Blida erhielt in Kattowitz mehr Stimmen (82.000).

### **3. Der III. Parteitag im Dezember 1997 – kein Sprung aus dem Käfig der Vergangenheit**

Auf dem III. Parteikongreß der SdRP, der vom 6.-7. Dezember 1997 in Warschau stattfand, wurde entgegen den früheren Ankündigungen des "starken Manns" der Partei, des SLD-Fraktionsvorsitzenden und früheren Ministers für Inneres und Verwaltung, Leszek Miller (51 J.), die Partei brauche nach dem Vorbild der AWS eine Verjüngung der Führungsspitze, er selbst zum Parteivorsitzenden gewählt. Dazu hatte es einer geschickten Regie bedurft. Nachdem durch die Verjüngungsankündigung die Chancen gleichaltriger Rivalen geschwächt waren, gab der amtierende Vorsitzende Oleksy (51 J.) endgültig auf. Dann wurde während des Parteitags die Forderung lanciert, daß der Parteivorsitzende in Oppositionszeiten zugleich den Vorsitz der SLD-Sejmfraktion übernehmen müsse. Damit war der Weg für den ohnehin favorisierten Miller frei. Der war im Oktober mit überwältigender Mehrheit zum neuen SLD-Fraktionsvorsitzenden gewählt worden. Er erhielt doppelt so viele Stimmen wie sein Gegenkandidat, der bisherige Fraktionschef Jerzy Szmajdziński. Miller gilt als guter Debattenredner, Organisator und äußerst pragmatischer und effektiver Politiker,<sup>17</sup> aber aufgrund seiner Biographie nicht als glaubwürdiger "Sozialdemokrat", sondern als Repräsentant des immer noch dominierenden ehemaligen PZPR-Apparats. Süffisant-bissig kommentierte der Polen-Korrespondent des "Neuen Deutschland", der "altlinke" Breslauer Journalist Julian Bartosz: "Dieser allerdings veranstaltete mit seinem Gerede vom 'Generationswechsel' in der Parteiführung und seiner Verzichtserklärung ein Riesentheater, was dazu führte, daß die Delegierten ihn regelrecht bitten mußten, das Amt zu übernehmen. Der berühmte Spruch Wałęsas 'Ich wollte nicht, aber ich mußte' sozusagen als sozialdemokratische Variante."<sup>18</sup> Die konservative "Życie" zitierte einen ungenannten Spitzenpolitiker der SdRP mit den Worten: "Leszek ist schon auf der Stufe einer Primadonna. Er will nicht, daß man ihn nur schätzt. Er will, daß man ihn liebt."<sup>19</sup> Miller erhielt bei der Wahl 311 Stimmen, auf den Gegenkandidaten Wiesław

---

<sup>17</sup> Siehe Jerzy Sławomir Mac, Premier opozycji (Premier der Opposition), in: Wprost, 2.11.1997.

<sup>18</sup> Julian Bartosz, Machtmensch Miller für Oleksy, in: Neues Deutschland, 8.12.1997.

<sup>19</sup> "Kochana primadonna" (Geliebte Primadonna), in: Życie, 8.12.1997.

Kaczmarek, den 39jährigen ehemaligen Wirtschaftsminister, der dem liberalen Reformflügel zugerechnet wird, entfielen 86 Stimmen.

Der angekündigte Generationenwechsel und damit die Entlastung der Partei von ihrem politischen und biographischen Erbe hatte nicht stattgefunden. Die Parteibasis hing noch zu stark an ihrer eigenen Geschichte. Die 5.000 bis 6.000 Mitglieder zählende "Fraktion junger Sozialdemokraten" (bei etwa 62.000 SdRP-Mitgliedern, deren Durchschnittsalter etwa 42 Jahre beträgt) vermochte keinen der Ihren an die Führungsspitze zu bringen. Es fiel auf, daß der bisherige Ministerpräsident und Spitzenkandidat der SLD im Wahlkampf, Cimoszewicz, obwohl kein Mitglied der SdRP, auf dem Parteitag nicht zugegen war. Die Niederlage der Repräsentanten des Flügels ohne PZPR-Vergangenheit war vermutlich auch auf die Verbalattacken und aggressiven Versuche der politischen Ausgrenzung der SLD von prominenten Politikern des "Nation-Gott-Vaterland"-Flügels der AWS nach dem großen AWS-Wahlsieg im September zurückzuführen. Die Angriffe von außen reaktivierten in den Reihen der SdRP-Anhängerschaft eine Abwehrhaltung und die Einstellung "Keine Experimente" aus dem Gefühl heraus, eine belagerte Festung gegen die Reaktion verteidigen zu müssen.<sup>20</sup>

Die SdRP/SLD mit Leszek Miller als ihrem Aushängeschild ist für das Postsolidarność-Lager nicht koalitionsfähig, zumal seine Verwicklung in illegale Transfers sowjetischer Parteifonds an die SdRP und deren Rücktransfer über die sowjetische Botschaft in den Jahren 1990/91 nicht aufgeklärt wurde. Der 51jährige Miller war 1969 in die PZPR eingetreten und gehörte zuletzt dem Zentralkomitee und dem Politbüro an. In der 1990 gegründeten SdRP war er zunächst Generalsekretär und später stellvertretender Vorsitzender. Als die SLD 1993 an die Regierung kam, wurde Miller Arbeitsminister. 1996 gelang es ihm im Rahmen der Regierungsreform, in das mächtige Ministerium für Inneres und Verwaltung zu wechseln. Von da an galt er definitiv als heimlicher "starker Mann" der Partei.

Auf dem Parteitag wurde die Zahl der Stellvertreter von zwei auf fünf erhöht. Wiedergewählt wurde die parteikonservative Izabella Sierakowska. Dazu kamen der Vize-Sejmmarschall und ehemalige Finanzminister Marek Borowski, der bisherige Generalsekretär Jerzy Szmajdziński, der aus Stettin stammende Jacek Piechota als erster stellvertretender SdRP-Vorsitzender, der mit 38 Jahren, einer "unbefleckten" politischen Vita und einem unkomplizierten Verhältnis zur katholischen Kirche die Hoffnung der Parteierneuerer ist, und der Außenpolitiker Tadeusz Iwiński. Zum Generalsekretär der SdRP wurde der als weltoffen und effizient beschriebene Krzysztof Janik gewählt, bisher in Kwaśniewskis Präsidialbüro. Parteitagsdelegierte sollen gewitzelt haben, daß die Führungspositionen – mit Ausnahme Piechotas – wie üblich unter der "Rozbrat (Sitz der Parteizentrale)-Genossenschaft" aufgeteilt wurden. Das 14köpfige Parteipräsidium und das 11köpfige Zentrale Exekutivkomitee haben sich verjüngt.

In der innerparteilichen Diskussion plädierte Oleksy für die Umbildung der SLD in eine politische Partei. Damit könne die Gefahr eines Zerfallsprozesses der SLD ohne Macht gemindert werden. Die SdRP sollte sich als Bestandteil einer neu zu konstituierenden Bewegung verste-

---

<sup>20</sup> Vgl. Dorota Maciejka /Zofia Stachura, *Druga młodość* (Zweite Jugend), in: *Wprost*, 14.12.1997.

hen, in der auch Mitglieder anderer Parteien und Sympathisanten ihren Platz finden sollten.<sup>21</sup> Auch Miller betonte, die SLD könne sich für die Arbeitsunion (UP), Teile der Freiheitsunion (UW) sowie ökologische und andere Gruppen der Gesellschaft öffnen. Der ehemalige Wirtschaftsminister Wiesław Kaczmarek sprach von der Notwendigkeit eines Generationenwechsels und der Öffnung der Partei in Richtung Marktwirtschaft (New Labour), Mittelklasse, Geschäftswelt und Intellektuelle.<sup>22</sup> Der ehemalige Finanzminister und neue stellvertretende SdRP-Vorsitzende, Marek Borowski, schlug ein konsultatives Gremium vor, aus dem eine linke Föderation mit SLD, UP und Dissidenten innerhalb der Bauernpartei (PSL) entstehen solle. Der "Außenpolitiker" Tadeusz Iwiński ergänzte, der Transformationsprozeß müsse graduell sein und mit einer Kooperation zwischen SLD-, UP- und PSL-Vertretern während der Kampagne zu den Kommunalwahlen 1998 beginnen.

Während die PSL-Führung solche Vorschläge klar ablehnt, führten das Scheitern der linkssozialdemokratischen UP an der Fünf-Prozent-Hürde in den Sejmwahlen, ihre politische Marginalisierung zwischen den beiden großen Lagern und die Angebote von seiten der SdRP/SLD auf der einen Seite und der UW auf der anderen Seite dazu, daß sie, die als einzige namhafte Partei die historische Teilung postkommunistisches/Post-August-Lager in den 90er Jahren aufbrach, in ihre historischen Bestandteile zerfiel: Die einen suchten unter dem Anfang März zum neuen Parteivorsitzenden gewählten Marek Pol die Nähe zur SdRP/SLD, und prominente ehemalige Solidarność-Linke wie Zbigniew Bujak fanden ihre Heimstatt in der UW. Die Wahl einer überzeugenden jungen SdRP-Parteiführung hätte die Spaltung der UP womöglich verhindern und eine Annäherung auch der aus dem Solidarność-Lager kommenden UP-Politiker an die SdRP erleichtern können.

#### **4. Die SdRP/SLD und die Medienlandschaft**

Im März 1990 wurde das staatliche Pressemonopol aufgegeben und die mit der früheren Staatspartei PZPR verknüpfte allmächtige Verlagsgenossenschaft "Ruch" aufgelöst. Mit der Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien hatten bereits in den ersten vier Monaten 1990 allein über 90 Zeitschriften eingestellt werden müssen. Im Oktober 1990 wurde die Presse privatisiert, über 100 Zeitungen wurden verkauft, zum großen Teil an ausländische Interessenten (u.a. Hersant, Maxwell). Ca. 70 Titel gingen an neugebildete Genossenschaften über, darunter die renommierte Warschauer Wochenzeitung "Polityka". Die Tageszeitung "Gazeta Wyborcza", 1989 als Sprachrohr des Solidarność-Bürgerkomitees gegründet, entwickelte sich zur größten und einflußreichsten polnischen Tageszeitung. 1995 gab es in Polen 63 Tageszeitungen (1992: 72) und 4.340 Zeitschriften (1992: 2.950).

Die postkommunistische Sozialdemokratie hat den direkten Einfluß, den die PZPR auf die Presse des alten Regimes ausübte, von Anfang an nicht gehabt. Die Meinungsführerschaft liegt bei einer Vielfalt von Tages- und Wochenzeitungen, die der SdRP/SLD grundsätzlich

---

<sup>21</sup> Siehe Interview mit Józef Oleksy: Salon Warszawski (Warschauer Salon), in: Polityka, Nr. 3, 17.1.1998.

<sup>22</sup> Vgl. auch Wiesław Kaczmarek, Kongres się odbył, wyzwania pozostały (Der Kongreß ist vorbei, die Herausforderungen sind geblieben), in: GW, 19.12.1997.

distanziert bis kritisch gegenüberstehen, wobei der weltanschauliche *mainstream* der polnischen Presse als liberal bis gemäßigt konservativ charakterisiert werden kann.<sup>23</sup> Die Sozialdemokratie hat auf keine der meinungsbildenden Tages- und Wochenzeitungen inhaltlichen Einfluß, auch nicht auf die Presseerzeugnisse, die die Wende überlebt haben. Die einzige landesweit erscheinende Tageszeitung, die sich sozialdemokratisch nennt, ohne im Besitz der Sozialdemokraten zu sein, ist die "Trybuna", die aus der ehemaligen Parteizeitung "Trybuna Ludu" hervorgegangen ist.<sup>24</sup> An der "Trybuna" hat die SdRP formell nur einen Anteil von 1%. 99% der Aktien von Ad Novum, dem Verlag der "Trybuna", gehören der "Fundacja Bliżej Świata" (Stiftung Näher zur Welt). Gegründet wurde diese Stiftung von der Gesellschaft "Universal". Hinter dieser gesamten Konstruktion steht zwar die ehemalige PZPR-Nomenklatura, aber was für die Einschätzung des Einflusses der "Trybuna" ausschlaggebend ist, bleibt die Tatsache, daß sie mit einer Auflage von knapp 100.000 Exemplaren weit unter den Auflagen der größten Tageszeitungen "Gazeta Wyborcza" (ca. 460.000), "Rzeczpospolita" (ca. 260.000) und "Życie" (ca. 125.000) liegt und weit weniger Leser erreicht als die seriösen und vor allem auch die *Express*-Zeitungen (Super Express, Express Wieczorny). Unter den Wochenzeitungen macht die "Nie" des ehemaligen Jaruzelski-Pressesprechers Jerzy Urban mit ihrer Auflage den größten Wochenzeitungen wie "Polityka" und "Wprost" Konkurrenz. Dieses Blatt, das seine Leser mit einem Gemisch aus Enthüllungen, politischer Satire, zotigen Anekdoten über Prominente und Politiker sowie frivolen Karikaturen lockt, gilt zwar als Sprachrohr eines Flügels innerhalb der SdRP/SLD, kann aber formell nicht der Sozialdemokratie zugeordnet werden, zumal deren technokratischer und reformistischer Flügel sich in dem Blatt nicht vertreten sieht.<sup>25</sup>

## 5. Der "Fall Oleksy" als Spiegel des SdRP-Erbes

Innenminister Andrzej Milczanowski hatte am 21. Dezember 1995 im Sejm auf Veranlassung des drei Tage später aus dem Amt scheidenden Präsidenten Wałęsa den Regierungschef der Spionage für eine ausländische Macht (Sowjetunion/Rußland) beschuldigt. Ungeachtet aller Instrumentalisierungsprobleme hatte die "Sache Oleksy" grundsätzliche Probleme des Selbstverständnisses der SdRP, der Mentalität ihrer Führung und der kommunistischen Vergangenheitsaufarbeitung in Polen ans Tageslicht befördert.

Die "Gefährdung" der mittleren Generation von SLD/SdRP-Politikern durch das Geheimdienstmilieu (KGB-Agenten/Residenten) mit dem unvorhersehbaren Element politischer Erpreßbarkeit bzw. innenpolitischer Instrumentalisierung wurde im September 1997 nochmals verdeutlicht, als die konservative Warschauer Tageszeitung "Życie" mit einer Enthüllungsstory von sich reden machte, in deren Mittelpunkt der jetzige Präsident Kwaśniewski stand. Die

<sup>23</sup> Ausführlicher zur polnischen Medienlandschaft seit 1989: Alina Słomkowska (Hrsg.), *Transformacja mediów 1989-1995* (Transformation der Medien), Warszawa 1996; dies. (Hrsg.), *Dylematy transformacji prasy polskiej (1989-1993)* (Dilemmata der Transformation der polnischen Presse), Warszawa 1994.

<sup>24</sup> Vgl. Hanna Palska, *Stylistyka przemiany. O "Trybunie" w początkach 1990 r.* (Stilistik des Wandels. Über die "Trybuna" Anfang 1990), in: *Kultura i Społeczeństwo*, Nr. 2, 1996, S. 183ff.

<sup>25</sup> Vgl. "Schrumpeliger Wurm", in: *Der Spiegel*, Nr. 17, 1996, S. 182f.

"Życie"-Investigatoren wollten herausgefunden haben, daß der seinerzeitige SdRP/SLD-Vorsitzende noch im Sommer 1994 mit dem russischen Geheimdienstmann und ehemaligen KGB-Residenten mit diplomatischer Legende, Wladimir Alganow, in einem Ostseekurort zusammengetroffen sei.<sup>26</sup> Die Angelegenheit erhielt dann noch eine deutsch-polnische Note, als die ebenfalls an der Enthüllungsgeschichte beteiligte Danziger Tageszeitung "Dziennik Bałtycki" auf Druck des Besitzers, des Passauer Verlegers Franz Xaver Hirtreiter, ihre Anschuldigungen gegen Kwaśniewski wegen "schlampiger Recherche" zurücknahm. Hirtreiter entschuldigte sich schriftlich bei Präsident Kwaśniewski.<sup>27</sup>

## 6. Personalpolitik

Nach dem Regierungswechsel von 1993 griff die SLD/PSL-Regierung bei der Besetzung von Leitungspositionen in Ministerien und auf anderen Ebenen der Staatsverwaltung (Wojewodschaften) ganz offen auf ehemalige PZPR-Funktionäre zurück.<sup>28</sup> So wurde ein früherer ZK-Sprecher, der sich mit seinen Manipulationen einen zweifelhaften Ruf erworben hatte, vorübergehend Chef des Ministerratsamts. Ein General, der unter dem Kriegsrecht die Niederschlagung von Streiks befehligt hatte, wurde mit einem der höchsten Kommandos betraut. Einer der Anführer der Rollkommandos der Geheimpolizei gegen die "Fliegenden Universitäten" der 70er-Jahre-Opposition wurde Generaldirektor eines Staatskonzerns, ein anderer Vizeminister. Ein Provinzstaatsanwalt, der während des Kriegszustands an der Fabrizierung von Belastungsmaterial gegen einen der führenden Köpfe der Solidarność beteiligt war, machte einen Karrieresprung zum Chef der Anklagebehörde seiner Wojewodschaft.<sup>29</sup> Seit der Übernahme des Außenministeriums durch Dariusz Rosati sorgte 1996/97 die Besetzung von Botschafterposten (Moskau u.a.) mit reaktivierten PZPR-Diplomaten für politische Auseinandersetzungen mit der Opposition.<sup>30</sup> Die Besetzung von Aufsichtsratsposten im Landesfernseh- und Rundfunkrat (KRRiTV) und von drei neuzuwählenden Verfassungsrichterpositionen ausschließlich mit der Regierungskoalition nahestehenden Personen ohne Einhaltung eines Proporz kurz vor dem Ende der Legislaturperiode im Sommer 1997 wurde in Polen allenthalben als schlechter Stil und Mangel an demokratischer politischer Kultur angeprangert.<sup>31</sup>

Aleksander Kwaśniewski war nach seiner Wahl formell aus der SdRP ausgetreten. Er hat aber wiederholt seine traditionellen Sympathien bekundet, ja sogar eine Art ideelle Patronage mit Blick auf die Präsenz der SdRP/SLD-Formation in der polnischen Politik beansprucht. Ohne

---

<sup>26</sup> Życie, 23.8.1997, und folgende Ausgaben.

<sup>27</sup> "Ein Brief aus Deutschland verschafft unverhofft Entlastung für Kwasniewski", in: FAZ, 13.9.1997.

<sup>28</sup> Bogusław Mazur, Partia władzy. SLD i PSL będą rządzić nawet jeśli przegrają wybory (Partei der Macht. SLD und PSL werden regieren, sogar wenn sie die Wahlen verlieren), in: Wprost, Nr. 35, 31.8.1997, S. 20-23.

<sup>29</sup> Thomas Urban, Noch schnell eigene Leute placieren ..., in: Süddeutsche Zeitung, 21.8.1997.

<sup>30</sup> Vgl. auch "Zawodowi dyplomaci z przeszłością" (Berufsdiplomaten mit Vergangenheit), in: Rz, 20.8.1997.

<sup>31</sup> Siehe "Kto z kim w radzie" (Wer mit wem im Rat), in: Rz, 13.8.1997; "Skok koalicji na trybunał" (Sprung der Koalition ins Tribunal), in: GW, 14.-15.8.1997; Piotr Sarzyński, Zwycięzcy biorą wszystko (Die Sieger nehmen alles), in: Polityka, Nr. 33, 16.8.1997.

Zweifel bemüht er sich seit seiner Amtsübernahme um die dauerhafte Regierungsfähigkeit der SdRP/SLD, um die Öffnung der Linken und ihre Koalitionsfähigkeit zur Mitte hin. Seine Kritiker werfen ihm vor, sich in seiner Präsidialkanzlei fast gänzlich mit *oldtimern* umgeben zu haben, die tief in den Strukturen der Volksrepublik verwurzelt sind. Seine engsten Berater sind u.a. Edward Szymański, früher erster Sekretär der PZPR in Wocławek, Andrzej Gdula, früher Stellvertreter von Czesław Kiszczak im Innenministerium, und Kazimierz Morawski, früher "Konzessionskatholik" der regimenahen ChSS im Staatsrat. Die ehemalige OPZZ-Vorsitzende vom konservativen SLD-Flügel, Izabella Sierakowska, die im Februar 1998 auf Druck des neuen Außenministers Bronisław Geremek wegen Unfähigkeit von ihrem Botschafterposten in Minsk zurückgetreten war, wurde von Kwaśniewski als Beraterin für Gewerkschaftsfragen in die Präsidialkanzlei berufen.

Die Formation SdRP/SLD erwartet von "ihrem" Präsidenten Kwaśniewski, daß er in der Gesetzgebung von seinem Vetorecht Gebrauch macht, wenn es um die juristische Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit geht, und seinen Amtseinfluß geltend macht, wenn es die Ansprüche wichtiger Wählergruppen (Veto gegen Abschaffung von Rentenprivilegien für ehemalige Armee- und Milizangehörige im Dezember 1997) zu befriedigen und die juristischen Grundlagen für den Einfluß der alten Nomenklatura in Wirtschaft (ad Reprivatisierung) und Politik in der Provinz (ad Wojewodschaftsreform) zu erhalten gilt.<sup>32</sup> Kwaśniewskis Kritiker behaupten, er sei eine Geisel der Linken, wobei eher festgestellt werden kann, daß es hier eine beiderseitige Abhängigkeit gibt. Der Präsident ist seit den Septemberwahlen 1997 in der Kohabitation das einzige Gegengewicht gegen das Regierungslager und damit Schutzschirm für die SdRP/SLD. Andererseits bleibt Kwaśniewski für die nächste Präsidentschaftswahl auf die Wahlkampfmaschine der Linken angewiesen. Das Dilemma für ihn liegt darin, daß er – nicht zuletzt aufgrund des wieder stärker werdenden Lagerdenkens mit dem Sieg der AWS – im Elfenbeinturm der Linken gefangengehalten, seinen Wahlerfolg von 1995 im Jahr 2000 kaum wiederholen können.

## 7. Die SdRP und der Pragmatismus der Nation

Nicht zuletzt an der Rezeption der Lustrationsproblematik läßt sich das diffuse Verhältnis der *Bevölkerung* zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit feststellen. Für die Mehrheit spielt das Thema eine so untergeordnete Rolle, daß sie sich in ihrem Abstimmungsverhalten durch die Disposition der Parteien in dieser Frage nicht leiten läßt. Die durchaus vorhandene antikommunistische Stimmung im Sinne von "nie wieder" hat sich nicht zu einem bestimmenden politischen Willen verdichtet, zumal keine ernstzunehmende politische Gruppierung eine Rückkehr zur kommunistischen oder auch nur sozialistischen Ordnung anbietet. Da die Frage der Dekommunisierung nur für einen kleinen Teil der Wähler von Bedeutung war, wurde entgegen der ursprünglichen Absicht des Vorsitzenden der konservativen AWS, Marian Krzaklewski, dieser Thematik im Wahlprogramm kein prominenter Platz eingeräumt.

---

<sup>32</sup> Siehe Jerzy Sławomir Mac, Adwokat PRL (Sachwalter der VRP), in: Wprost, Nr. 7, 15.2.1998.

Die dilatorische Behandlung der Lustrationsfrage läßt sich aus der jüngsten Geschichte Polens heraus erklären. Der Übergang zur Demokratie war in Polen das Ergebnis eines längeren, im wesentlichen gewaltlosen Transformationsprozesses, bei dem neben der um die Solidarność und die katholische Kirche gesammelten Opposition auch die Reformkräfte der PZPR und der Blockparteien mitwirkten. Die Bevölkerung war nicht rachsüchtig, und die neuen Eliten waren durch das Abkommen am "Runden Tisch" gebunden. Es kam zu einer Art Nichtangriffspakt: Machtübergang gegen Verzicht auf Vergeltung.<sup>33</sup>

Die sozialen und wirtschaftlichen Erschütterungen im Kontext des insgesamt sehr erfolgreich verlaufenden makroökonomischen Systemwechsels hatten bei Millionen Menschen in Polen zu einer positiven Umwertung der kommunistischen Periode, insbesondere der Gierek-Ära mit ihrer sogenannten "kleinen Stabilisierung", beigetragen. Andererseits nimmt die VRP-Nostalgie in der Bevölkerung wieder ab (von 40% im Oktober 1994 auf 27% im Februar 1997 und 21% im September 1997).<sup>34</sup> Zudem galt Polen als das kommunistische Land mit der größten Tradition nationalen Ungehorsams gegenüber inneren und äußeren Usurpatoren. Polen konnte auf die stärksten Potentiale des politischen und kulturellen Dissens zurückblicken, um hier nur "die" Schriftsteller und "die" katholische Kirche zu benennen.

Andererseits zeitigt die Politik des "dicken Strichs" (gróba kreska)<sup>35</sup> negative Folgen, die das politische Klima in Polen gerade Mitte der 90er Jahre schwerer belasten als am Anfang des Transformationsprozesses. Mit dem "Fall Oleksy" wurde auch die Bevölkerung wieder für ein nicht bearbeitetes Kapitel der Vergangenheit neu sensibilisiert. Die politischen Gräben im Sinne der Polarisierung von Postsolidarność und Postkommunismus, die zeitweise zugunsten sachbezogener und aktueller weltanschaulicher Differenzen zum Teil überwunden schienen, drohten wieder aufzubrechen.

Für die anderen Parteien blieben SdRP und SLD jedoch auch ungeachtet der belastenden Erbschaft ein sehr schwieriger Gegner.

## **8. Die Erfolgsgeschichte der Sozialdemokratie oder eine Schlußbetrachtung<sup>36</sup>**

Die Sozialdemokratie der Republik Polen (SdRP) unter dem organisatorischen Schirm der Demokratischen Linksallianz (SLD) war die erste Partei nach dem demokratischen Umbruch in Polen, die ihre Regierungszeit mit einer noch höheren Wählergunst beendete (1997) als sie

---

<sup>33</sup> Vgl. die äußerst anregenden, aber auch streitbaren Analysen von Voytek Zubek, *The Reassertion of the Left in Post-Communist Poland*, in: *Europe-Asia Studies*, Vol. 46, No. 5, 1994, S. 801-837, und *The Phoenix Out of the Ashes: The Rise to Power of Poland's Post-Communist SdRP*, in: *Communist and Post-Communist Studies*, Vol. 28, No. 3, 1995, S. 275-306, der ein erhebliches Maß an "Schuld" für den Wiederaufstieg der Postkommunisten der von ihm als "linke" Partei bezeichneten "Demokratischen Union" zuschreibt.

<sup>34</sup> "Nie tęskno nam za PRL" (Wir haben keine Sehnsucht nach der VRP), in: *GW*, 18.3.1997; "Teraz Polska" (Jetzt Polen), in: *Życie Warszawy*, 10.10.1997.

<sup>35</sup> Vgl. Jerzy Jedlicki, *Wariacje na temat gróbej linii* (Variationen zum Thema des dicken Strichs), in: *GW*, 26.-27.4.1997.

<sup>36</sup> Die Schlußbetrachtung lehnt sich an den Essay des Warschauer Soziologen und Publizisten Paweł Śpiewak an, *SLD – bardzo trudny przeciwnik* (SLD – ein sehr schwieriger Gegner), in: *Życie*, 27.8.1997.



zu Anfang hatte (1993). Trotz aller Kritik im Inneren und von außen, ideologischer Streitigkeiten und Spannungen verschiedener Art ist das SLD-Elektorat stabil geblieben. In diesem Sinne haben die aus der kommunistischen Partei hervorgegangenen Sozialdemokraten 1997 einen Beliebtheitstest erfolgreich bestanden, ohne freilich eine Regierung bilden zu können. Das war die Niederlage im Wahlerfolg. Schließlich galt die SLD (SdRP) als zur Mitte hin nicht koalitionsfähig. Damit schlug die negative Seite der Erbschaft aus kommunistischer Zeit zu Buche.

Die Tatsache, daß eine Formation mit einer solchen Bürde der Vergangenheit und einem scheinbar stark belasteten Konto als zweitstärkste Gruppierung und sogar mit einem Zuwachs von 7% Wählerstimmen aus den Parlamentswahlen im September 1997 hervorging und zudem von der Sozialistischen Internationale und der internationalen politischen Klasse unterschiedlicher Couleur als ein glaubwürdiger politischer Block behandelt wird, ist auf mehrere Ursachen rückführbar.

Nach wie vor fühlt sich ein zahlenmäßig beeindruckendes Segment der polnischen Gesellschaft durch Neigungen, Ansichten und gesellschaftliche Bindungen mit der sogenannten Linken verbunden bzw. mit der eigenen Biographie aus der kommunistischen Vergangenheit. Der PZPR gehörten in den 80er Jahren ungefähr 2 Millionen Menschen an. Diese Bindung wird durch das ständige Gefühl der Bedrohung von außen verstärkt.

Die Bedrohung, das sind die Solidarność-Leute, die "Schwarzen" und "Hinterwäldler". Zwischen dem sogenannten postkommunistischen "Lager" und der Rechten besteht ein scharfer Konflikt, der weniger dazu dient, den Gegner zu bekämpfen, als nach innen das Gefühl zu vermitteln, eingekreist und bedroht zu sein. Permanent muß man zum Kampf mobilisieren, permanent etwas verteidigen.

Diese polare Weltsicht begünstigt die postkommunistischen Sozialdemokraten. Nicht nur deren Propagandisten, sondern auch radikal antikommunistische Kräfte regenerieren diese Auffassung des politischen Spiels immer wieder.

Das Autostereotyp des neuen Sozialdemokraten ist das des sogenannten Europäers, der für den Beitritt Polens zu den westlichen Gemeinschaften, offen und tolerant ist sowie jede Form von Nationalismus und religiöser Bigotterie ablehnt. Auf der anderen Seite sind demnach Nationalisten und Klerikale wiederzufinden. Aleksander Kwaśniewski (und mit ihm seine Formation) gewann die Präsidentschaftswahlen dadurch, daß er das überzeugende Image eines modernen, leistungsfähigen, relativ sachlichen und auf die Modernisierung des Landes abzielenden Politikers schuf. Man könnte sagen, daß die Linke sich für die einzige Repräsentantin liberaler Werte in Polen hält. Ein grundlegender Teil dieses Kanons ist der Grundsatz der weltanschaulichen Neutralität des Staates und der Toleranz gegenüber allen Minderheiten.

Diese Polarisierung wird durch einen Teil des katholisch-traditionalistischen und antieuropäisch-nationalistischen Spektrums der Rechten gefördert, der häufig durch auffallend brutale und menschenverachtende Rhetorik den Eindruck zu vermitteln sucht, daß in Polen innenpolitisch weiterhin der kalte Krieg herrscht und die politische Revolution noch nicht beendet ist bzw. noch gar nicht angefangen hat. Überreiche Belege für radikale Ansichten der Rechten

kann man z.B. in den Büchern des AWS-Abgeordneten Jan Maria Jackowski ("Schlacht um Polen", "Schlacht um die Wahrheit") finden, der über die von "Radio Maryja" empfohlene Wahlliste in den Sejm einzog.

Diese Situation erlaubt es der "Sozialdemokratie", sich als Gradualistin, als Anhängerin evolutionärer, relativ erschütterungsfreier Veränderungen darzustellen. Dieses proeuropäische und liberale Image der Linken findet Zustimmung bei denjenigen, die nicht unbedingt die Geschichte der Volksrepublik und ihrer Hegemonialpartei in die Waagschale werfen und andererseits die Sünden der "Nation-Gott-Vaterland-Parteien" (Śpiwak: "partie narodowobogoojczyźniane") genau kennen.

Die Verfassungsdebatte der letzten Jahre konnte den Anspruch der Linken auf die Rolle des Anwalts für Menschenrechte nur verstärken. Schon aus dem Grund, daß die von der Rechten einschließlich der Wahlsiegerin AWS an der jetzigen Verfassung geübte Kritik in der Regel weniger sachlicher, sondern hauptsächlich ideologischer Natur war. (Bezeichnenderweise brach diese Kritik nach den Septemberwahlen 1997 unvermittelt von einem auf den anderen Tag ab.) Der liberal-konservative Soziologe Paweł Śpiwak kommentierte das: "Wenn man die Bürger vor die Wahl zwischen dem Recht (unabhängig davon, wie es konstruiert ist) und dem Gedanken einer Inthronisierung von Christus als König Polens stellt, ist es schwierig, darin ein Minimum an gesundem Menschenverstand zu finden."<sup>37</sup>

Einen besonderen Platz nimmt im Programm von SdRP/SLD die Frage der katholischen Kirche und ihres Stellenwerts im politischen System ein. Unter den Bürgern Polens herrscht das, was Śpiwak einen "gemäßigten Antiklerikalismus" nennt: Die entschiedene Mehrheit der Bürger möchte nicht, daß sich Priester in politischen Angelegenheiten engagieren.

In Staatsrecht verwandelte religiöse Gebote haben für viele den Ruch eines konfessionellen oder ideologischen Staates und eindeutiger Mißachtung der Bürgerfreiheiten. Die Linke, die den politischen Ambitionen der Kirche mißtrauisch gegenübersteht und heutzutage unter dem Schild des Pragmatismus auftritt, verschafft sich Beifall nicht nur unter radikalen Antiklerikalen, sondern auch unter denen, die einfach in einem pluralistischen Staat nach dem Vorbild eines westeuropäischen Staates leben wollen. Und diese Garantie kann ihnen die Rechte nicht geben.

Ungeachtet dessen, wie kritisch die Bevölkerung gegenüber den zahlreichen Nomenklatura-Unternehmern (bis in Regierungskreise hinein) ist, wieviel man über illegale Geldwäsche schreibt, das eine ist bewiesen worden: Das hohe Wirtschaftswachstum blieb unter den postkommunistischen Sozialdemokraten ungebrochen. Die Anzahl der Streiks ging in den letzten Jahren drastisch zurück. Die Armut wurde nicht größer, die Mittelschicht stärker.

Eine Art Bestätigung für die Glaubwürdigkeit dieser Formation war die Tatsache, daß die Einladung zu den Gesprächen über den Beitritt zur Europäischen Union wenige Monate vor den Sejmwahlen an den SLD-Regierungschef Włodzimierz Cimoszewicz erging.

---

<sup>37</sup> Ebenda.

Das SLD-Programm fand nach der soziologischen Analyse des Wahlergebnisses vom 21. September 1997 Unterstützung in allen gesellschaftlichen Gruppen. Die größte in der Staatsverwaltung, aber ebenso unter den sogenannten Geschäftsleuten sowie unter Arbeitern und in der Intelligenz. Das bedeutet, daß die SLD ein Programm hat, das vielleicht zu einem bestimmten Grade inkohärent ist, jedoch so beschaffen, daß jedes Segment der Gesellschaft seine Ansichten darin wiederfindet.

Diese programmatische Polyphonie findet ihre Widerspiegelung in der Vielfalt der Politiker, die die Identifikationsfiguren für unterschiedliche Orientierungen darstellen: Izabella Sierakowska für die Antiklerikalen, Cimoszewicz für die Pragmatiker, Borowski für die Marktwirtschaftler, während die Führung der OPZZ als Allianzpartner der SdRP in der Linksallianz das soziale Gewissen zum Ausdruck bringt. Durch die Vielfalt der Flügel bzw. Gesichter erhielt die Allianz bisher kein widersprüchliches, sondern ein ausgeglichenes und reicheres Image. Obwohl sich jeder von ihnen nach außen etwas anders präsentiert, führt das nur selten zu öffentlichem Streit und innerparteilichem Gezänk, anders als im Fall der meisten Post-Solidarność-Parteien und zuletzt noch in der Wahlaktion Solidarność (AWS) sowie in der Regierungskoalition der Post-Solidarność-Gruppierungen.

Die Regierungszeit der Sozialdemokraten mit der Bauernpartei war reich an Affären verschiedener Art, sowohl an Korruptions- und Konzessions- als auch an Spionageaffären. Viele solcher Affären konnten aufgedeckt werden. Zwar verlor Oleksy an Ansehen in der öffentlichen Meinung, nicht aber die SLD. Es hat sich herausgestellt, daß man so regieren konnte und auf den demokratischen Geschmack der öffentlichen Meinung nicht allzuviel Rücksicht nehmen mußte. Die ersten Solidarność-Regierungen waren ungeachtet ihrer Verdienste um Demokratisierung und marktwirtschaftliche Reformen mit schlechtem Beispiel vorangegangen. Die Postkommunisten waren nicht die ersten, die unter der demokratischen Regierungsform bewiesen, daß Regieren auch Schläue und Zynismus verlangt. Sie haben das diffuse Wertesystem einer postkommunistischen Gesellschaft übernommen und gestärkt, das durch die neue liberal-konservative Regierung kaum korrigiert werden dürfte.

**Dieter Bingen**

## **Polish Social Democracy (SdRP/SLD)**

### **Legacy and Mandate**

Bericht des BIOst Nr. 16/1998

## **Summary**

### *Introductory Remarks*

The Social Democracy of the Republic of Poland (SdRP) is widely considered in Polish public opinion to be the successor to the Polish United Workers' Party (PZPR). And in fact the SdRP was founded by the majority of the PZPR delegates in the course of the party congress at which the PZPR was dissolved. Though the SdRP is not to be seen as the successor organisation to the PZPR in programmatical, organisational nor functional terms, it is nevertheless closely linked with the history of the People's Republic in terms of its biographical composition and political culture. Legitimated by the free choice of the electorate, the SdRP and the Democratic Left Alliance (SLD), in which it is the dominant partner, rapidly evolved into a successful political formation which is now exercising a decisive influence on the development of democratic Poland. The present report draws on mainly Polish sources, presentations and interpretations to promote a better perception of a typical phenomenon of post-communist European democracies.

### *Findings*

1. The SdRP rarely puts in an appearance as a separate entity. Public attention as a rule focuses on the SLD, as it is the SLD that stands for elections and not the SdRP as a party. The SLD is a coalition of 28 groups, among which the SdRP, whose approximately 62,000 members make it the party with the largest membership in Poland, is by far the largest force. Two main currents can be discerned within the SdRP at present. The social-democratic/ managerial, centrist/pragmatical wing is the opinion-forming current within the party. This wing aims to transform the party into a social democratic party along western lines. The "social democrats" enjoy the backing of financially strong businessmen from the party scene and of the economic liberal "Red Thatcherists". The conservative fraction within the SdRP portrays itself as the champion of traditional leftist values. Although the members of the orthodox groups pay public homage to the reformist currents within the PZPR, they still defend the "achievements of the People's Republic" in their public appearances. The opponents of a radical renewal of the party comprise first and foremost the members of the former party apparatus, especially at the middle and regional levels, and the erstwhile officials of the now defunct communist mass organisations. The "Alliance of

Polish Communists "Proletariat" (ZKP), another member of the Left Alliance, does not see itself as a successor to the PZPR at all. The ZKP repudiates totalitarianism and propagates as its model for statehood an "independent, sovereign, self-governed and democratic Poland that respects the religious convictions of its citizens".

2. According to its 1997 party manifesto and its electoral campaigning in recent years, the SdRP sees itself as a social democratic party which endorses the basic values of parliamentary democracy and advocates a social market economy. Despite all attempts at formal demarcation, the roots of the SdRP unmistakably lie in the technocratic wing of the PZPR. Political continuity is also evident in the fact that the party has retained a part of the PZPR archives and is symbolised by the former PZPR leaders Jaruzelski and Rakowski attending the SdRP party congresses. Its having taken on the legacy of the communist party on the one hand while professing social democracy on the other explains the SdRP's remarkable lack of a history of its own. It cannot claim to have historically evolved from the hundred-year-old European and Polish socialist/social-democratic movement, as the democratic-socialist lineage had been eradicated by the communist movement in the years following 1945. The historico-biographical discord within the SdRP is clearly revealed in its historical appraisal of the PZPR and the People's Republic and of the legacy left behind by communist Poland: although the SdRP recognises the PZPR's political and moral responsibility for communist injustice, the party nevertheless refuses to assess the entire period from 1944 to 1989 as an unjust regime, instead pointing out the civilisational progress (industrialisation, education, etc.) achieved under the PZPR's rule.
3. When the SLD formed the government in October 1993, the tensions within the SLD and also within the SdRP became apparent. The market-economy-orientated wing soon found itself in opposition to the representatives of the trade unions (OPZZ), but also to former leading figures in the PZPR, such as Mieczysław Rakowski, who lacked any clear ideological vision for the SdRP. Anti-clerical forces came up against more comprising politicians, in particular the leadership team of the SLD around Kwaśniewski and Oleksy, later Cimoszewicz, who spoke out unsuccessfully in favour of reaching an amicable arrangement with the Catholic Church in the dispute over the ratification of the Concordat. The in-fighting was also reflected within the parliamentary group of the SLD, whose chairman Aleksander Kwaśniewski, later elected President, failed several times to push through his positions, although this obviously did not detract from his own status.
4. At the SdRP's 3rd Party Congress (6th-7th December 1997), despite prior statements by the "strong man" of the party, the leader of the SLD parliamentary group and former Minister of Internal Affairs and Administration Leszek Miller, to the effect that the party needed to rejuvenate its top-level leadership along the lines of the example set by the AWS, the SdRP failed to accomplish the transition to a new generation that would have gone some way towards freeing the party from its political and biographical legacy.
5. Until 1993, the outward appearance of unity displayed by the SLD and the SdRP was cemented by the cold shoulder shown to the heirs to the PZPR by nearly all other political groups. The Polish voters did not go along with this boycott for long, if at all. The SLD's

constituency in the 1993 parliamentary elections was remarkable in that it comprised not only a high proportion of blue-collar and unskilled workers and pensioners but also a high percentage of white-collar workers with or without university qualifications, and students. Particularly noteworthy was the fact that, at 17 %, most of the self-employed also voted for the SLD. The vote at the presidential election in the autumn of 1995 was similar. In the elections to the Sejm held on 21st September 1997, the SLD was even able to improve on its 1993 electoral result, but was overtaken by the Solidarność Electoral Action.

6. As regards the electoral geography of Poland, a relatively stable split into "right" and "left" regions has evolved in recent years. The "right" regions are to be found in the east and south-east (Galicia) and in the south-western voivodships of Wrocław, Opole, Katowice and, as a "black island" in the "red sea", Gdansk. These regions voted, for example, in favour of Wałęsa when he ran for President again in 1995, against the adoption, in 1997, of the constitution that was vigorously opposed by the AWS and the Catholic Church, and for the AWS in September 1997. In the "left" regions, that is the north and west of Poland (the areas taken over from Germany after the Second World War and from the partitioning of Prussia after the First World War) and in the south-eastern voivodship Chełm (where there is a White Russian minority), the majority voted for Kwaśniewski as presidential candidate, in favour of the new democratic constitution, and for the SLD.
7. Notwithstanding all the complications generated by the various attempts to instrumentalise it, the "Oleksi affair" brought to light the fundamental problems inherent in the SdRP's self-conception, the mentality of its leading personages, and its (re-)appraisal of the communist past in Poland. The "threat" posed to the middle generation of SLD/SdRP politicians by the secret service scene (KGB agents/residents), laying them open to blackmail or at least to the political instrumentalisation of their real or purported involvement with such elements, cannot be denied.
8. Following its victory in the 1993 elections, the SLD/PSL government unashamedly fell back on former PZPR officials to fill leading positions in the ministries and at other levels of the state administration (voivodships). Since Dariusz Rosati took over at the Foreign Ministry, the appointment of re-activated PZPR diplomats as ambassadors (in Moscow and elsewhere) has given grounds for political clashes with the opposition. Following his election as President, Aleksander Kwaśniewski formally resigned from the SdRP. However, he has frequently expressed his traditional sympathies, indeed even lays claim to a kind of notional patronage with regard to the presence of the SLD/SdRP formation in Polish politics. Without doubt he has been endeavouring, since coming to office, to ensure the sustained viability of the PZPR/SLD in a government capacity, to persuade the left to open up, and to promote its ability to enter into coalition with the centre. The SdRP/SLD expects Kwaśniewski to exercise his right to veto legislation in questions concerning the juridical re-examination of the communist past and to lend his weight to their attempts to satisfy the demands of important constituencies and to preserve the legal basis for the continued influence of the old nomenklatura in economic and political life in the provinces.

9. The SdRP under the organisational umbrella of the SLD was the first party since the restoration of democracy in Poland to end its period in office with an even higher electoral result (1997) than at the beginning (1993). A numerically impressive segment of Polish society can still relate to the "old left" in terms of their own leanings, views and social ties, and indeed their own biographies from the communist past. The SLD/SdRP's success in the elections was due to the widespread acceptance enjoyed by the auto-stereotype of the new social democrat, who as a European is in favour of Poland's joining the Western communities, is open and tolerant, and rejects nationalism and religious bigotry in any shape or form. The social democrats consider themselves the sole champions of liberal values in Poland. This polarisation is heightened by those Catholic/traditionalist and anti-European/nationalist sectors to the right of the political spectrum which frequently employ brutal and callous rhetoric in an attempt to convey the impression that the cold war is still in progress in Poland's domestic policy scene and that the political revolution is not yet over or even has not yet begun. This situation enables the SdRP/SLD to portray itself as a gradualist, as an advocate of evolutionary, relatively shock-free transformation.